

Dieser Essay ist in zwei Teilen erschienen in Berliner Gazette, 20.01./10.02.2017.

Teil 1: „Fatale Identifizierung: Wie öffentliche Demütigungen Trump zum Wahlsieg verholfen haben“
<http://berlingazette.de/fatale-identifizierung-trump/>

Teil 2: „Jenseits von Identitätspolitik: Warum wir ein neues Vokabular des Klassenkampfes brauchen“
<http://berlingazette.de/jenseits-von-identitaetspolitik/>

Trump und der Sexismus – Für eine neue Politik der Solidarisierung

R. Mühlhoff, Dezember 2016

In den ersten Wochen nach der Wahl von Donald Trump am 8. November 2016 stand die aufgeschreckte Öffentlichkeit vor zwei großen Fragen: Erstens, wie konnte das passieren? Diese Frage lief oft darauf hinaus: Welchen Beitrag haben Onlinemedien wie Facebook, das Phänomen der Falschnachrichten und der Filterblasen, *Big Data*-gestütztes Marketing oder die russischen Geheimdienste dazu geleistet? Und zweitens: Was wird nun passieren? Was für Positionen wird Trumps Regierung vertreten, wie wird sie personell besetzt werden, welche Konsequenzen ergeben sich für die EU, die NATO, die internationalen Handelsbeziehungen etc.? Ich möchte hier einmal eine andere Frage stellen, die in der Debatte – auch vieler linker politischer Gruppen und Kreise – vielleicht zu zögerlich aufgenommen wird: Wie und auf wen wirkt Trump eigentlich attraktiv? Wie funktioniert diese Attraktion, die so viele ihn hat wählen lassen? Und was für Konsequenzen ergeben sich daraus für eine politische Praxis jenseits des rechten Spektrums – auch in Europa und in Deutschland?

Viel wurde über die sachliche Inkompetenz des Milliardärs Donald Trump geschrieben, über seine Vagheit und Wankelmütigkeit in konkreten politischen Fragen. Mit fassungslosem Kopfschütteln, aber zugleich in genüsslicher Sensationslust, wurde er von zahlreichen Medienbeiträgen als wichtigtuersich, aufbrausend, rassistisch und sexistisch beschrieben. Die Mehrheit der KommentatorInnen war sich noch wenige Stunden vor der Wahl darüber einig, dieser Mensch fällt charakterlich wie fachlich komplett durch. Man kann sagen, Trump wurde als politisch agierendes Individuum kaum ernst genommen – man hat ihn vielmehr als das Andere der Politik, als eine Un-Politik beschrieben. Wenn ihn einige Menschen wählen, so wurde erklärt, dann höchstens aus Protest und als Stimmungsmache gegen das „Establishment“, also aus negativen Antrieben wie Ressentiment und Unzufriedenheit, die mit den leicht nennbaren aber nur für wenige aus der *media bubble* heraus wirklich nachvollziehbaren Positionen der „Abgehängtheit“ und „Abwärtsmobilität“ korrelieren.¹

1 Vgl. George Packer, Hillary Clinton and the Populist Revolt, in: „*The New Yorker*“, 31.10.2016, <http://www.newyorker.com/magazine/2016/10/31/hillary-clinton-and-the-populist-revolt>

Demgegenüber möchte ich explorativ eine umgekehrte These vorschlagen und auswerten: Donald Trump ist charakterlich nicht etwa ungeeignet, sondern wurde gerade wegen seines Charakters gewählt – und zwar nach einem Mechanismus, der nicht auf Protest reduzierbar ist, sondern seine eigene (positive) Rationalität besitzt. Was Trump Sympathien verschaffte, war sein polternd-autokratisches Temperament. Jedoch nicht *an sich*, sondern insofern es immer wieder in seinen riskanten Weigerungen zum Ausdruck kam, sich auf einen Diskurs präziser politischer Sachaussagen überhaupt einzulassen. Dem Kopfschütteln der KommentatorInnen zum Trotz ist das kein *bug*, sondern ein fatales *feature*: Trump hat sich in authentischer und kohärenter Weise den Konventionen des politischen Apparats entzogen und ist *damit* als „charakterstark“ erschienen – von der Weigerung, seine Steuererklärung detailliert offenzulegen, bis zum rhetorischen Herumgepolter in den TV-Debatten. An die Stelle des „Yes, we can!“ Obamas ist mit Trump ein martialisches *Yes, I can!* gerückt. Was sagt es über die Zeit, in der wir leben, dass das eine resonanzfähige Haltung ist? Zu bedenken ist dabei: In Trump zeigt sich zwar der Habitus einer autoritären, privilegierten, chauvinistischen Männerfigur, doch die Sache ist komplexer. Denn in vielen Situationen schien er mit dieser Strategie zu scheitern, wie etwa in den TV-Duellen, nach denen seine Kampagne schon fast als geschlagen beschrieben wurde. Gerade diese Momente, die ihn als „verletzlich“ erscheinen ließen, haben paradoxerweise noch weiter zu einer authentischen Wahrnehmung seines Charakters und seines „Kampfes“ gegen das „Establishment“ beigetragen.

Der Wahlerfolg Trumps kann deshalb zum Anlass für eine warnende Zeitdiagnose genommen werden: Jenseits des Tableaus politischer Sachpositionen und Argumentationsweisen, auf dem die Leitmedien und politische MeinungsträgerInnen den unkalkulierbaren Trump nie so richtig zu fassen bekamen und auch nicht ernst nahmen, wird gegenwärtig in zahlreichen westlichen Demokratien eine ganz *andere Dimension des politischen Wirkens* bedeutsam. Was wirkt, ist nicht das Sachargument, sondern Trumps spezifisches *êthos* – seine Haltung –, mit dem er sich bis zuletzt den politischen Formen und Mikroprotokollen, dem agonistischen Spiel argumentativer Wortgefechte verweigert hat.² Disrespekt und das Performativ des gestreckten Mittelfingers in Richtung von allem was schlau und um die Sache bemüht daher kommt, ist das Prinzip dieser Haltung. In dieser Dimension des Wirkens ist Trump tatsächlich erschreckend kohärent, authentisch und gar nicht wankelmütig. Meine These ist, dass seine Attraktivität für viele WählerInnen gerade auf *dieser* Achse liegt.

2 Der Begriff der Haltung (hier auch: *ethos*) impliziert zunächst keine ethische oder moralisch Wertung oder Affirmation. Er möchte die Art und Weise thematisierbar machen, *wie* sich Trump in einem medialen und politischen Geschehen als Individuum, als Subjekt, als politischer „Charakter“ produziert, gehalten, verhalten hat. Worauf es ankommt: Dieser Aspekt der Haltung liegt jenseits des Registers politischer Sachpositionen und Argumente – besitzt aber dennoch eine politische Wirksamkeit.

Fatale Identifizierung

Wie nun funktioniert diese Attraktion, die auf Trumps Haltung zum Politbetrieb beruht? Ein offener Blick auf diese Frage ist wichtig, weil sie sich in den Kategorien des gängigen Polit- und Mediendiskurses kaum fassen lässt, ohne dabei sofort in ein pejoratives und wertendes Vokabular zu fallen. Es kommt darauf an, die Wahlmotivation der Trump-WählerInnen nicht einfach von oben herab mit Unbildung oder Protestverhalten abzutun, denn solche Aussagen diskreditieren die Betroffenen als trotzig, dumm, affektiv getrieben im (vermeintlichen) Gegensatz zu „rational“. Protestwahlverhalten als Erklärung ist die Zuschreibung eines negativen, unreifen Verweigerungsverhaltens – diese Zuschreibung erfolgt von außen und dient weniger dem Verständnis des anderen als der Reproduktion der eigenen Überlegenheit. Zu fragen wäre deshalb, worin besteht eine mutmaßlich *positive* Bindung von WählerInnen an den Kandidaten? Bietet Trump so etwas wie eine Identifikationsfläche?

Meine These ist, den Stoff für eine solche Identifizierung bilden gerade die Diskreditierungen und Demütigungen, die Trump im Laufe seiner Kampagne seitens des Politbetriebs und der Meinungsmedien widerfahren sind. Wenn Trump nicht ernst genommen wurde, wenn z.B. ein Diskurs des Typs „Trump hat ein Sprachniveau wie ein Fünftklässler“³ über ihn geführt wurde, dann haben diese Aussagen viel weniger Trump selbst geschadet, als dass sie vielleicht für zahlreiche WählerInnen einen Spiegel der *am eigenen Leibe erfahrenen gesellschaftlichen Demütigung* lieferten. Ich bezeichne diese Figur fortan als *fatale Identifizierung*. Sie ist fatal, da es sich um eine Identifizierung in einer unangenehmen Gewalterfahrung, in Scham, in einem Modus der politischen Ächtung handelt. Sie macht einen wichtigen, aber vielleicht zu wenig beachteten (Teil-)Mechanismus sichtbar, der zum Erfolg der Trump-Kampagne beigetragen hat. Denn die Identifizierung in der Demütigung erfolgt direkt und nicht gemäß einem Protestprinzip: Nicht ‚Ich bin dagegen, also wähle ich den, der auch dagegen ist und die anderen am meisten ärgern wird‘. Sondern eine am eigenen Leibe erfahrene, nicht einmal notwendigerweise bewusst reflektierte Demütigung, Verunsicherung, sozioökonomische Gewalt ist direkt resonanzfähig mit der Art und Weise, wie Trump medial denunziert wurde. Und tragischerweise ist dieses autoritäre und impulsive, sachlich nicht ernstnehmbare, teilweise verletzliche und deshalb authentisch wirkende Erscheinungsbild Trumps in vielen Hinsichten ein Produkt von mehr dramatisierenden als sachlich diskutierenden medialen Debatten.

Für diesen Mechanismus einer *fatalen Identifizierung* ist Trump zusätzlich auch deshalb eine passende Figur, weil die Selbstdarstellung seines eigenen vermeintlichen Lebenserfolgs ihm Respektabilität verleiht. Es geht der Mythos um, er habe aus wenigen Millionen, die ihm vererbt worden seien, mehrere Milliarden gemacht. Dieses Narrativ präsentiert ge-

3 Vgl. Justin Wm. Moyer, „Trump’s grammar in speeches ‘just below 6th grade level,’ study finds“, in: „*The Washington Post*“, 18.03.2016, <http://wapo.st/1MdvSxx>

zielt eine Verkörperung des amerikanischen Traums, denn ob man dabei mit zehn Dollar oder einer Million beginnt, erscheint bloß als eine Frage der Skalierung. Ob diese Geschichte nun stimmt oder eher dem Genre der Falschmeldungen und Echokammergesänge entspringt, ist nicht die primär spannende Frage. Vielmehr ist die Tatsache auszuwerten, dass es trotz aller Gegendarstellungen geklappt hat, dieses Bild zu verbreiten: Anstatt dass ihn seine Herkunft aus der Kapitalelite suspekt erscheinen lässt, gibt sie ihm paradoxerweise gerade die Glaubwürdigkeit, als Quereinsteiger im politischen Apparat und qua selbstsuffizientem Reichtum von den Seilschaften der verhassten *politischen* Eliten unabhängig zu sein.

In Trump zeigt sich eine dringend zu bedenkende Wirkungsdimension politischer Ansprache, die darauf beruht, aus dem politischen Apparat selbst herauszuweisen: Er ist kein Berufspolitiker, gerade das macht ihn glaubwürdig. Der offensichtliche und alarmierende Befund, dass mit Trump ein *backlash* zur Attraktivität autoritärer Figuren des Regierens sichtbar wird, kann damit um die wichtige Differenzierung zweier Typen autoritärer Figuren bereichert werden: In der Diskussion rund um das Ressentiment gegen das Establishment kennzeichnet sich eine Polarisierung zwischen einer scheinbar ‚unverdienten‘, angestammten oder im Milieu ererbten Macht politischer Eliten im Gegensatz zu der (vermeintlich) selbst errungenen, auf Leistung beruhenden und subjektiv deshalb als gerechtfertigt erscheinenden Autorität von Personen, die als Quereinsteiger in den politischen Apparat einwirken.

Jede aus Trumps Außenposition abgeleitete Diagnose von sachlicher Inkompetenz oder Ignoranz in Bezug darauf, wie Politik funktioniert, wirkt unter den Voraussetzungen dieses Spannungsfeldes wie die verzweifelte Selbstverteidigung eines im wunden Punkt getroffenen Milieus. Sie gibt tragischerweise noch mehr Wasser auf die Mühlen der massenmedialen Konstitution von Trump als Figur fataler Identifizierung. Analysen, die davon ausgehen, die meisten Trump-WählerInnen hätten gegen ihre eigenen Interessen gestimmt, und dann fragen: ‚Wie kann es sein, dass sie sich derart ‚verführen‘ ließen?‘, verpassen es, die auf *êthos*, Haltung und ‚Charakter‘ zielende (*ethologische*) Dimension des Wahlverhaltens zu bedenken. Anstatt WählerInnengruppen vorzurechnen, was ihre Interessen und daraus abgeleitet ihr rationales Wahlverhalten sind, würde eine diskutierenswerte umgekehrte Analysestrategie erkennen: Vielleicht zeigt der Wahlerfolg Trumps gerade, dass sich das prioritäre Interesse einiger WählerInnen (leider!) vielmehr darauf richtet, ‚einen Typen wie Trump‘ an der Spitze ihrer Regierung zu sehen.

Anti-Sexismus und *awareness*-Politik

Ohne in das überstrapazierte Thema von einem möglichen ‚Versagen‘ der Linken als Mitursache für den heraufkommenden Rechtspopulismus westlicher Gesellschaften einstim-

men zu wollen, möchte ich an die vorangegangene Analyse nun die Frage anschließen, welche Konsequenzen sich daraus für eine links-demokratische politische Praxis ergeben könnten. Damit wird zugleich der Blick gewendet, von der Rede über Trump und seine WählerInnen zur Rede politisch aktiver Menschen über sich selbst. Um direkt auf einen kontroversen Punkte zuzusteuern, möchte ich eine Diskussion darüber anregen, was der Mechanismus der fatalen Identifizierung in Scham und Demütigung speziell für die Wirkung anti-sexistischer und anti-rassistischer Sprach- und *awareness*-Politiken bedeuten könnte. Zum Beispiel geht es um die Frage, ob die empörte öffentliche Reaktion auf die verbreitete Audioaufnahme mit Donald Trumps sexistisch-chauvinistischen Prahlereien gegenüber Billy Bush⁴ seinem Wahlkampf vielleicht mehr genützt als geschadet haben könnte.

Zunächst ist klar, diese Aufnahme liefert einen pointierten Beleg für Trumps charakterlich tief verankerte Verachtung für Frauen, für seine reaktionäre soziale Weltsicht und ein Exempel von Männerbündigkeit, das durch die apologetische Formel „locker room talk“ nochmal bestätigt wurde. Dennoch ist die Frage, ob es nicht erfolgreicher gewesen wäre, dies kurz aber klar auszusprechen, anstatt einen globalen Wutschrei der Empörung daraus zu machen. Dies war nämlich ein Schrei, der von Beginn an zu künstlich und sensationalisierend war – denn wer für diese Einsicht prinzipiell empfänglich ist, hatte zu diesem Zeitpunkt des Wahlkampfes längst verstanden, dass Trump ein Sexist ist. Und so hat die Echo-kammer der Sexismusempörungen, in der viele Leitmedien und linke politische Stimmen für einige Tage wie gebannt waren, doch vor allem der eigenen Ohnmacht eine gewaltvolle Massenresonanz gegeben. Die sozialkritisch-emanzipatorischen Diskurse um *gender*-Diskriminierung und *sexual harassment*, die sich der enormen historischen Leistung des Sichtbar- und Artikulierbarmachens struktureller Gewalt und gegensteuernder gesellschaftlich-politischer Forderungen rühmen können, wurde hier unversehens als Vehikel eines kollektiven Wutausbruchs und moralischer Ächtungen missbraucht.

Dieser Modus einer Diskussion, die kaum mehr Neues sichtbar machen konnte und der wegen der Befangenheit seiner Akteure in ihrer Empörung eine Politisierung des Falls eher verhinderte als förderte, hat meines Erachtens großen Schaden angerichtet: Die moralische Ächtung im Fall des *groping tapes* hat die meisten der Empörten nämlich blind dafür gemacht, dass Trump selbst mit diesen Ächtungen kaum getroffen wurde, wohl aber solche WählerInnen, für die der Feminismus bedauerlicherweise schon immer nur ein Schimpfwort war. Entlang der oben beschriebenen Struktur der fatalen Identifizierung lässt sich nachvollziehen, dass jeder einzelne Sexismus-Schrei, der sich eigentlich gegen Trump richtete, viel mehr diejenigen Menschen traf, die im Geheimen ihre eigene Welt so wahrnehmen, dass Trumps ‚Lebensweisheiten‘ über sexuelle Kontaktaufnahmen tatsächlich ihrer sozialen Realität entsprechen. So viel sozialer Realismus muss sein: Eine solche mi-

4 Vgl. David A. Fahrenthold, Trump recorded having extremely lewd conversation about women in 2005, in: „*The Washington Post*“, 8.10.2016, <http://wapo.st/2dSXbkQ>

lieu-situierte Weltsicht, eine solche Sozialisation, ein solches Funktionieren der Geschlechterverhältnisse ist leider in einigen Umfeldern ziemlich *real*, und sie bringt Subjekte hervor, die diese Welt als ihre Welt leben müssen und diesen Interaktionsmustern ausgesetzt und verhaftet sind. Wie z.B. Didier Eribons aktuell viel debattierter Essay⁵ erkennen lässt, schürt die öffentliche Moralisierung und Skandalisierung solcher Verhältnisse aus einer privilegierten Position kontraproduktiverweise bloß die Gefühle von Scham und Demütigung betroffener Subjekte und Milieus. Die Empörung über Sexismus zieht dann über zahlreiche *strukturell* davon betroffenen Menschen eher hinweg und bringt sie gegen den kritischen Diskurs auf, als sie mitzureißen.

Ich spreche hier weniger von den Reaktionen solcher Männer, die sich in Geschlechterbeziehungen schon immer wie Donald Trump verhalten und in ihm jetzt einen Helden mit dem nötigen „Mut zur Wahrheit“ sehen. Ich beziehe mich allgemeiner auf solche Menschen, die – egal in welcher *gender*-Rolle – alltäglich sexistischen Verhältnissen ausgesetzt sind und diesen durch einen *lock-in* Effekt ihres sozialen Umfelds auch zunächst ausgesetzt bleiben. In solchen Fällen ist es nachvollziehbar, dass ein *gender*-Diskurs in dem Moment zur hegemonialen Moral wird und auf Gegenreflexe stößt, wenn er zum Vehikel massenmedialer, aus überlegener Position artikulierter Ächtungen wird, anstatt den Betroffenen selbst als Waffe der selbstbestimmten Artikulation und Entgegnung anvertraut zu sein. Wendy Browns Konzept der *wounded attachments* kann auch in dieser Situation helfen, die leidenschaftlich-fatale Bindung an die eigenen sozialen Verhältnisse begreifbar zu machen, die eben auch dann besteht, wenn sie nicht Lust sondern Leid bedeutet – und das kann auch Menschen in konventionell heterosexuellen, patriarchalischen Umfeldern betreffen. Eine solche Bindung an die soziale Funktionsweise eines Milieus und die darin konstituierten Identitäten kann jedenfalls nicht gelöst werden, indem die Macht, sich zu Entsetzen, den Betroffenen entrissen und von wortführenden StellvertreterInnen übernommen wird.

Jenseits der Identitätspolitik: Für eine neue Politik der Solidarisierung

Diese Überlegung ist eine der möglichen Konsequenzen, die speziell eine linke Politik aus der Trump-Wahl ziehen könnte. Dabei kommt es mir auch auf den strategischen Punkt an, dass linke politische Akteure die Einwände gegen das Zur-moralischen-Gewalt-Werden der *political correctness* nicht den Stimmen von CDU, CSU und AdF überlassen sollten.⁶ Es ist dringend erforderlich, einen Kampf gegen Xenophobie, Rassismus und Sexismus *gleichberechtigt* mit einem Kampf gegen Klassenunterdrückung und sozioökonomische

5 Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*. Berlin 2016. Vgl. auch die Besprechung von Dirck Linck, „Die Politisierung der Scham.“, in *Merkur* 70 (808), 2016.

6 Dazu hat sich prompt z.B. Ursula von der Leyen angeboten, vgl. das Interview in „*Der Spiegel*“ 48/2016.

Formen von Gewalt zu verbinden – um nicht die klassische Klientel linker Politik an die rechten Parteien zu verlieren. Dem rechten Lager fällt es leicht, die „populären Klassen“⁷ auf Kosten von Feminismus und Antirassismus anzusprechen. Das ist für sie deshalb besonders einfach, weil sie ihre Position über ein antagonistisches Ressentiment (gegen Antisexismus und Antirassismus) definieren können, anstatt positive Begriffsprägungen und emanzipatorische Diskurse in Bezug auf sozioökonomische Gewalterfahrungen anstrengen zu müssen. Dass diese beiden großen sozialkritischen Grundstoßrichtungen – Kampf gegen identitätspolitische und Kampf gegen ökonomische Diskriminierung – nicht auseinanderdriften sondern in einer breiten Solidarisierung integriert werden, sollte das wichtigste Ziel und Alleinstellungsmerkmal linker Politik sein. Wer, wenn nicht eine linke Bewegung, wird es verhindern, dass sich – wie derzeit sichtbar – zwei *eigentlich doch solidarisierungsfähige emanzipatorische Anliegen* gegenseitig zerfleischen?

Carolin Emcke formulierte am 27.11.2016 im Gespräch mit Didier Eribon:⁸ Es gelte, in eine Diskussion zu finden, die Verteilungsfragen nicht gegen Artikulationschancen ausspiele. Auch wenn das treffend klingt, ist ein entscheidender Punkt aber doch, dass Artikulationschancen nicht allein *Gegenstand*, sondern selbst die *Voraussetzung* der Teilhabe an einer Diskussion sind. Eribon weist in diesem Sinne zurecht darauf hin, dass die Mobilisierung der populären Klassen keine bloße (Um-)Verteilungsfrage ist, sondern sich erstens auf die Schaffung von Artikulations- und Anerkennungschancen und zweitens auf die Aktivierung und Einbindung der Betroffenen in den Diskurs richten muss.⁹ Ganz ähnlich wie im Fall des Feminismus bedeutet das die Schaffung oder Rehabilitation eines passenden Vokabulars für die sozioökonomischen Gewalt- und Demütigungserfahrungen von Mitgliedern populärer Klassen. Erneut geht es also um eine selbstbestimmte Arbeit des Sichtbar- und Artikulierbarmachens gesellschaftlicher Missstände und Forderungen in einem Feld, wo aktuell viel Wut und Hass vorzufinden ist, viele Ressentiments, viele sexistische und xenophobe Verschiebungen von Wut auf Sündenböcke. Dass hingegen aktuell sehr wenig passendes Vokabular für eine neue Thematisierung der sozioökonomischen Klassenverhältnisse zur Verfügung steht, liegt nicht zuletzt auch daran, dass dieses Vokabular in den letzten 40 Jahren durch die neoliberale Vereinnahmung einiger linker Stimmen und durch die Drohkulisse des Kalten Krieges systematisch diskreditiert und abgebaut wurde.¹⁰

7 *Populäre Klasse(n)* ist eine offene und vorläufige Begriffsbildung zur Bezeichnung einer sozialen Gruppe, die sozioökonomische Erfahrungen von Gewalt, Demütigung, Unsicherheiten, Prekarisierung teilen. Vgl. auch Eribon, *Rückkehr nach Reims*, a.a.O. Wie ich unten argumentiere, ist es gerade Teil des Problems, dass ein passendes und allgemein akzeptiertes Vokabular für soziale Klassen aktuell nicht existiert und erst wieder gebildet werden muss.

8 Streitraum: Grenzen der Herkunft, Grenzen der Scham. Carolin Emcke im Gespräch mit Didier Eribon. Schaubühne am am Lehniner Platz, Berlin, 27.11.2016. Videomitschnitt: <https://vimeo.com/195454266>

9 Genauso ist natürlich der Feminismus kein alleiniger Kampf um Artikulationschancen, sondern auch um Verteilungsgerechtigkeit in vielen Dimensionen.

10 Vgl. Eribon, *Rückkehr nach Reims*, a.a.O., sowie Philip Mirowski, *Untote leben länger*, Berlin 2015.

Weil die Entstehung einer solchen Artikulationspraxis nur unter großflächiger Einbeziehung der Betroffenen selbst erfolgreich sein kann, beginnt das Projekt der Verbindung von Verteilungs- mit Anerkennungsfragen bereits im Kleinen, auf der Ebene lokaler politischer Begegnungen und der Gestaltung von Räumen für politischen Austausch. Und das hat mitunter unmittelbare praktische Konsequenzen für die AkteurInnen linker politischer Bewegungen. Denn es kann für jede/n einzelne/n bedeuten, einen gewichtigen politisch-ethischen Konflikt zu umarmen: Einige der Menschen, die es entlang der Achse sozioökonomischer Gewalterfahrungen zu mobilisieren gilt, sind entlang der Achsen Anti-Rassismus und Anti-Sexismus aktuell nicht positiv ansprechbar, vielleicht erscheinen sie sogar im persönlichen Umgang schwer erträglich, wenn sie die *awareness*- und Sprachpolitiken linker Räume nicht beachten.

Daran zeigt sich, dass sich das Problem einer Auspielung von Verteilungs- und Artikulationschancen schon in der Mikropolitik der Interaktionsformen und situativen Rahmungen politischer Begegnungen stellt. Vielleicht fordert es auch eine neue Auseinandersetzung mit der Macht der Sprache heraus, nämlich in Gestalt der Frage, ob die Sprachlichkeit des eigenen Milieus im Fall einiger – gleichwohl nicht aller – linker Räume nicht aktuell die Tendenz besitzt, zu einem Kodex moralischer Identitätsbeweise zu werden. Wenn Mitglieder der ‚populären Klassen‘ in politische Gruppen und Diskussionen eingebunden werden sollen, deren Fokus zuletzt verstärkt auf dem Kampf gegen Rassismus und Sexismus lag, dann ist erneut zu bedenken, wie schwer oder leicht es tatsächlich ist, in den vorhandenen Räumen dieser Debatten zu sprechen – wie leicht es passieren kann, dass darin so manch ein argloser Sprechversuch fortlaufend in Fettnäpfchen tritt.

Natürlich *ist* Sprache eine gewaltvolle strukturelle Ebene u.a. der geschlechtlichen und rassistischen Diskriminierung in vielen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Situationen. Und es passiert leider ziemlich häufig, dass es Menschen gibt, die bestimmte sich als inklusiv und offen verstehende politische Räume (z.B. lokale Diskussionsgruppen oder Aktiventreffen) aufsuchen, um ihren Ressentiments freien Lauf zu lassen und zu sagen, was ihrer Meinung nach „ja wohl mal gesagt werden darf“. Es geht mir nicht darum, das hinzunehmen oder zu legitimieren – dennoch muss aber die Verschiebung vom Politischen ins Moralische diskutiert werden, die gegenwärtig häufig zu beobachten ist: Wenn eine bestimmte Sprache zum *moralischen* Code der legitimen Zugehörigkeit zu einem *politischen* Raum oder Milieu wird, kehren sich situativ nämlich die Gewaltverhältnisse um. Die im Zusammenhang mit der Sprache betrachtete Diskriminierungsfrage wird dadurch unwillentlich entpolitisiert (weil nicht mehr auf ihre politischen und strukturellen Mechanismen befragt) und ins Moralische verschoben – und zugleich werden bezüglich der am Diskurs des Raumes beteiligten Menschen Ein- und Ausschlüsse produziert, die eigentlich *politisch* reflektiert werden sollten.

Wie also können politisch links orientierte Menschen anstatt der immer häufiger antreffbaren Blockwartmentalität zu einer Praxis ihrer anti-sexistischen und anti-rassistischen Grundeinsichten finden, die es ihnen dennoch erlaubt, auf Augenhöhe auch Subjekte aus rassistischen und sexistischen Milieus anzusprechen, zu adressieren und zu hören? Auch das ist nun eine Frage der Haltung, des *êthos*, – in der politischen Praxis, in der Gesprächskultur politischer Räume. Auch in der Selbstreflexion des politischen Handelns tritt hier die zuvor anhand von Trump thematisierte Dimension des *êthos* auf den Plan: Was heißt es heute, links zu sein? Nicht als eine Ideologie oder ein Katalog politischer Forderungen, sondern einmal in der ethischen Dimension betrachtet, in Bezug auf die Art und Weise, sich in die politische Begegnung hineinzuhalten?

In diesem Sinne möchte ich mit einem Vorschlag zur Diskussion schließen. Vielleicht kann eine Solidarisierung zwischen Menschen, die durch sozioökonomische Gewalt diskriminiert werden, und Menschen, die entlang der Strukturen *gender* oder *race* diskriminiert werden, dadurch erreicht werden, der/dem jeweils anderen mit der Haltung eines hypothetisch-wohlwollenden *Grundvertrauens* zu begegnen: Wenn ein Mensch nach unten tritt, sich in Hass und Demütigung gegenüber vermeintlich unterlegenen ergeht, dann verraten sich darin Gewalt und Demütigung, die dieser Mensch (und sein Milieu) vielleicht ein Leben lang selbst vom jeweiligen „oben“ seiner gesellschaftlichen Stellung erfährt. Der Rassismus und Sexismus der populären Klassen ist *konstitutiv verknüpft* mit der sozioökonomischen Stellung dieser Klassen. Deshalb ist es auf der Ebene persönlicher Begegnungen doppelt demütigend, wenn eine moralisierende Haltung gegenüber Rassismus und Sexismus eine implizite Zutrittsvoraussetzung kritischer Diskurse ist, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Diese sozialpsychologischen Hypothese liefert schließlich auch einen inhärenten Grund dafür, warum der Kampf gegen sozioökonomische Unterdrückung mit dem Kampf gegen Alltagssexismen und -rassismen verzahnt werden kann und muss: Beide Formen der Diskriminierung stützen sich nämlich wechselseitig, sie gehen in vielen Fällen auf eine gemeinsame sozioökonomische Ursache zurück – und für diese gilt es, ein neues Vokabular des sozialen Klassenkampfes zu finden.